

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

02. März 2020

Äthiopien

Mehrere Tote bei gewalttätigen Auseinandersetzungen

Bei einem ethnischen Konflikt in der Nuer-Zone in der Region Gambella im Südwesten des Landes sollen mindestens zwölf Menschen getötet und 21 weitere verletzt worden sein, über 7.000 Menschen wurden vertrieben und mehr als 400 Häuser zerstört. Sicherheitskräfte sollen sechs Verdächtige in Haft genommen haben. Auslöser der Unruhen soll die Ermordung eines örtlichen Beamten gewesen sein soll. Näheres ist nicht bekannt.

Bei Auseinandersetzungen im Regionalstaat Benishangul Gumuz im Westen des Landes soll es zu drei Toten gekommen sein. In einer offiziellen Erklärung hieß es, bei den Zusammenstößen in der Ortschaft Dangur in der Metekel-Zone seien weitere sieben Menschen verletzt und mehrere Häuser zerstört worden.

Ethnische Gewalt zwischen Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen haben in den letzten Monaten zu zahlreichen Toten und Tausenden Vertriebenen geführt. Hintergrund ist häufig der Zugang zu Landressourcen.

Afghanistan

Abkommen zwischen USA und Taliban unterzeichnet

Am 29.02.20 einigten sich die USA und die Taliban darauf, dass die USA und ihre Koalitionspartner innerhalb der nächsten 14 Monate schrittweise alle Truppen, nicht-diplomatisches ziviles Personal, private Sicherheitsfirmen, Ausbilder, Berater und sonstiges Personal aus Afghanistan abziehen werden. Weiterhin wird in dem Papier die Freilassung von 5.000 Gefangenen zugesagt. Sie sollen gegen etwa 1.000 afghanische Polizisten und Soldaten ausgetauscht werden.

Die Taliban haben im Gegenzug versprochen, Gruppen wie al-Qaida und dem Islamic State Khorasan Province (ISKP) weder Unterstützung noch Unterschlupf zu gewähren.

Der amtierende afghanische Staatspräsident Ghani erklärte hierzu, dass die Freilassung von Gefangenen Teil der künftigen Verhandlungen, aber keine Vorbedingung sei. Schließlich sei die afghanische Regierung an den bisherigen Verhandlungen nicht beteiligt gewesen.

Laut US-Regierung seien ab dem 10.03.20 in Oslo Gespräche zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung geplant. Allerdings fordern die Taliban, dass zuvor die Gefangenen freigelassen werden.

Weiterhin unklar ist, ob die Phase der reduzierten Gewalt (vgl. BN v. 17.02.20 und 24.02.20) fortgelten soll. In dem siebentägigen Zeitraum vor Unterzeichnung des Abkommens war die Zahl der Zwischenfälle um 80% zurückgegangen und es waren auch deutlich weniger zivile Opfer zu beklagen.

Amtseinführung von Ghani verschoben

Die für den 27.02.20 geplante Vereidigung von Muhammad Ashraf Ghani zum Staatspräsidenten wurde um zwei Wochen verschoben. Grund hierfür ist, dass der unterlegene Abdullah Abdullah und andere die Wahl Ghanis nicht anerkennen (vgl. BN v. 24.02.20) und Abdullah damit droht, eine Gegenregierung aufzustellen. In seinen Hochburgen ernannte er bereits eigene Provinzgouverneure. Eine Spaltung der afghanischen Regierung könnte die geplanten Verhandlungen mit den Taliban gefährden. Ob es zu einer Neuaufgabe der Regierung der nationalen Einheit, wie die Zusammenarbeit zwischen Ghani und Abdullah genannt wurde, kommen wird, ist derzeit noch unklar.

Bosnien und Herzegowina

Bosnischer Serbenführer fordert erneut Auflösung des Landes

Laut aktuellen Medienberichten hat der bosnische Serbenführer Milorad Dodik, der gemeinsam mit Šefik Džaferović (bosniakisch) und Željko Komšić (kroatisch) das Staatspräsidium von Bosnien und Herzegowina bildet, nach einem Treffen mit bosnischen Serbenführern erneut die Auflösung des Landes bzw. die Abspaltung der Gebiete der bosnischen Serben und deren Anschluss an Serbien gefordert. Im Westen würden die Aussagen des Politikers als Bedrohung für das von den USA vermittelte Friedensabkommen von Dayton wahrgenommen, das 1995 den Bürgerkrieg in Bosnien beendet und das Land in zwei Teile, die Republika Srpska und die Föderation von Bosnien und Herzegowina, geteilt hatte. Laut Medienberichten sind im Februar 2020 die innerstaatlichen Spannungen infolge einer Entscheidung des bosnischen Verfassungsgerichts deutlich gestiegen. Dieses habe entschieden, dass sich aktuell nicht beanspruchtes landwirtschaftliches Gebiet im Besitz des bosnischen Teiles, und nicht im Besitz der Republika Srpska befinde. Politiker aus der Republika Srpska hätten dem Gericht 60 Tage Zeit gegeben, um dessen Entscheidung rückgängig zu machen. Die US-Botschaft habe nach einem Treffen mit Dodik eine Meldung über Twitter veröffentlicht, dass sie die volle Einhaltung des Friedensabkommens von Dayton und der territorialen Integrität und Souveränität von Bosnien und Herzegowina erwarte.

China

Haftstrafe für Buchhändler

Ein Gericht in Ningbo (Provinz Zhejiang) verurteilte am 24.02.20 den Buchhändler Gui Minhai wegen illegaler Weitergabe von geheimen Informationen ans Ausland zu zehn Jahren Haft. Gui ist einer von fünf Buchhändlern, die in Hongkong politisch unerwünschte Bücher über China verlegten und vertrieben. Vier von ihnen verschwanden 2015 unter ungeklärten Umständen aus Hongkong, Gui Minhai verschwand während eines Urlaubs in Thailand. Beobachter gehen davon aus, dass alle fünf von chinesischen Agenten nach Festlandchina gebracht wurden, wo sie auch wiederauftauchten. Bis auf Gui Minhai befinden sich mittlerweile alle wieder auf freiem Fuß.

2018 wurde Gui erneut festgenommen, als er sich in Begleitung schwedischer Diplomaten wegen einer medizinischen Behandlung auf dem Weg nach Peking befand. Das Vorgehen der chinesischen Behörden führte zu Verwicklungen mit Schweden, dessen Staatsbürgerschaft Gui 1996 angenommen hatte. Nach chinesischer Darstellung beantragte er 2018, während er sich in behördlichem Gewahrsam befand, die Wiederherstellung der chinesischen Staatsbürgerschaft.

Hongkong: Proteste

Bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei seit dem Beginn der Ausbreitung von Covid-19 wurden am 29.02.20 im Stadtteil Mong Kok 115 Personen festgenommen.

Weitere Ausbreitung von Covid-19

Die Lungenerkrankung Covid-19 breitet sich weiter aus. Bisher verzeichnet China mehr als 80.000 Infektionen, mehr als 2.900 Menschen starben. Insgesamt wurden weltweit bislang mindestens 88.000 Infektionen in etwa 60 Ländern auf allen Kontinenten außer der Antarktis sowie mehr als 3.000 Todesfälle gemeldet.

Eritrea/Äthiopien

Eritrea verweigert Kardinal die Einreise

Einer hochrangigen äthiopisch-katholischen Delegation mit Kardinal Berhaneyesus Souraphiel an der Spitze ist in Eritrea die Einreise verweigert worden. Wie kirchliche Medien berichten, wurde der Kardinal am 22.02.20 trotz eines regulären Einreisevisums am Flughafen der Hauptstadt Asmara stundenlang festgehalten und musste nach Addis Abeba zurückkehren. Die Kirchenvertreter waren einer Einladung der eritreisch-katholischen Kirche gefolgt und wollten an den Feierlichkeiten des 50-jährigen Bestehens der Erzdiözese Asmara und des Baus der Kathedrale Kidane Mehret teilnehmen. Aus Kirchenkreisen hieß es, der Vorfall zeige die Labilität des sogenannten Friedensprozesses zwischen Äthiopien und Eritrea.

Die katholische Kirche ist in Eritrea zwar zugelassen, Katholiken bilden jedoch mit rund vier Prozent nur eine kleine Minderheit. Im April 2019 veröffentlichten die katholischen Bischöfe in Eritrea einen offenen Brief, in dem sie Gewalt und Ungerechtigkeit im Land beschrieben und Reformen einforderten, um die Flucht aus Eritrea zu stoppen. Vermutlich als Reaktion schlossen die Behörden mehrere kirchliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren. Es soll infolgedessen zu Engpässen in der medizinischen Versorgung der lokalen Bevölkerung kommen.

Georgien

Führender Oppositionspolitiker verurteilt

Der Oberste Gerichtshof verurteilte am 10.02.20 den Oppositionspolitiker Gigi Ugulava von der Europäischen Georgischen Partei wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder während seiner Zeit als Bürgermeister der Hauptstadt Tiflis zu drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis. Ugulava, von 2005 bis 2013 Bürgermeister von Tiflis, war bereits im September 2015 zum ersten Mal wegen ähnlicher Straftaten zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, im Januar 2017 jedoch vorzeitig freigelassen worden, nachdem ein Gericht seine Haftstrafe herabgesetzt hatte. Ugulava erklärte, das Urteil sei vorrangig politisch motiviert.

Guinea

Parlamentswahl verschoben

Am 01.03.20 sollten die Bürger über ein neues Parlament und eine Verfassungsänderung abstimmen, die dem seit 2010 amtierenden Präsidenten Alpha Condé ermöglichen würde, sich bei der für dieses Jahr geplanten Präsidentenwahl für eine dritte Amtszeit zu bewerben. Die Aussicht, dass Condé länger im Amt bleiben könnte, führt seit Oktober 2019 immer wieder zu teilweise gewaltsamen Protesten in der Hauptstadt. Die Opposition ist gegen eine Verfassungsänderung und gegen eine dritte Amtszeit des Präsidenten und wollte die geplante Abstimmung boykottieren.

Guinea-Bissau

Streit um Präsidentenamt

Die Nationale Wahlkommission von Guinea-Bissau (CNE) bestätigte am 25.02.20 den Sieg des am 29.12.19 in einer Stichwahl gewählten Präsidenten Umaro Sissoco Embaló und erteilte ihm die Erlaubnis, trotz einer gerichtlichen Anfechtung der Wahl durch die Partei African Party for the Independence of Guinea and Cabo Verde (PAIGC) des unterlegenen Kandidaten Domingos Simoes Pereira beim Obersten Gerichtshof und einer noch ausstehenden Entscheidung des Gerichts die Staatsgeschäfte zu übernehmen. Embaló legte am 27.02.20 seinen Amtseid ab und ernannte sich zum Präsidenten. Der scheidende Präsident Jose Mario Vaz nahm an der Veranstaltung in einer Hotelhalle in Bissau teil und legte bei dieser Zeremonie die Schärpe des Präsidenten über Embalos Schultern. Viele hochrangige Würdenträger, darunter der Parlamentssprecher, Richter am Obersten Gerichtshof und die meisten ausländischen Diplomaten blieben der Veranstaltung fern. „Solange der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung nicht getroffen hat, erkennt das Parlament Embalo nicht als legitimen Präsidenten an.“, so der stellvertretende Parlamentspräsident Armando Mango.

Die frühere Regierungspartei PAIGC ernannte ihrerseits trotz ihrer Niederlage bei der Präsidentenwahl den Fraktionsvorsitzenden im Parlament, Cipriano Cassamá, zum Präsidenten. Dieser erklärte allerdings am 01.03.20 in der Hauptstadt Bissau, im Interesse des Landes erhebe er keinen Anspruch mehr auf das Präsidentenamt.

Indien

Mehrtägige Ausschreitungen in Neu-Delhi

Während eines Staatsbesuches von US-Präsident Donald Trump kam es ab 24.02.20 in der Hauptstadt Neu-Delhi zu mehrtägigen Ausschreitungen. Medienberichten zufolge gingen Hindus gezielt auf Menschen los, die sie für Muslime hielten. Betroffen waren besonders Protestierende gegen das neue, Muslime benachteiligende Staatsangehörigkeitsgesetz. Im Zuge der Gewalteskalation, die sich mehrere Tage lang in muslimischen Stadtteilen im Nordosten um Maujpur und Jafrabad ereignete, wurden auch Feuer gelegt, die Autos zerstörten und Gebäude beschädigten. Bei den viertägigen Ausschreitungen starben mindestens drei Dutzend Menschen und es gab über 200 verletzte Personen. Ab 27.02.20 entspannte sich die Lage, nachdem Tausende Polizisten in den Unruheherden eingesetzt worden waren.

Die Hauptstadt hat seit Jahrzehnten kein solches Ausmaß von gewaltsamen Auseinandersetzungen erlebt. Vergleichbare Ausschreitungen ereigneten sich dort 1984 nach Ermordung der damals amtierenden Ministerpräsidentin Indira Ghandi durch einen Angehörigen der Glaubensgemeinschaft der Sikhs.

Kritiker der amtierenden hindunationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) vergleichen die jüngsten Ausschreitungen mit der antimuslimischen Gewalt, die 2002 im westlichen Bundesstaat Gujarat ausbrach.

Irak

Regierungsbildung gescheitert

Der designierte Ministerpräsident Mohammed Taufik Allawi ist bei der Bildung einer neuen Regierung gescheitert und erklärte am 01.03.20 seinen Rücktritt. Es war ihm nicht gelungen, für seinen Vorschlag eines Kabinetts genügend Rückhalt im Parlament zu erhalten. Präsident Salih muss laut Verfassung den Posten innerhalb von 15 Tagen neu besetzen.

Anhaltende regierungskritische Proteste

Es wurde von mehreren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in Bagdad mit Todesopfern und Verletzten berichtet.

Iran

Drei Todesurteile nach Novemberunruhen

Nach einem Bericht der Human Rights Activists News Agency (Hrana) vom 22.02.20 hat das Teheraner Revolutionsgericht drei Teilnehmer der Proteste gegen Benzinpreiserhöhungen im November 2019 u.a. wegen Teilnahme an Zerstörungen und Brandstiftungen zur Bekämpfung des Regimes zum Tod, zu 38 Jahren Freiheitsstrafe und 222 Peitschenhieben verurteilt.

Es gibt nach wie vor keine genauen Angaben über Inhaftierte bzw. Todesopfer der gewaltsamen Niederschlagung der Unruhen vom November 2019.

Ausbreitung von Corvid-19

Iran sieht sich mit einem starken Coronavirusausbruch konfrontiert und weist nach China die höchsten Todeszahlen auf. Stark betroffen ist die Hauptstadt Teheran. Es wird von erkrankten Abgeordneten und Ministern berichtet. Das tatsächliche Ausmaß der Verbreitung ist unklar. Armee und Revolutionsgarden sollen bei der Bekämpfung der Epidemie helfen.

Jemen

Houthi-Rebellen übernehmen Kontrolle in Hazm

Die Houthi-Rebellen eroberten am 01.03.20 die Stadt Hazm, die Hauptstadt des Gouvernements al-Jawf, von der jemenitischen Regierung. Die Stadt ist aufgrund ihrer Nähe zu Marib, einem bisher relativ friedlichen Gebiet, das unter Regierungskontrolle steht, von strategischer Bedeutung. Die Besetzung Hazms erfolgte nach wochenlangen Kämpfen in dem Gebiet.

Hilfsorganisationen drohen mit Aussetzung humanitärer Hilfe

Sowohl die UN als auch USAID haben davor gewarnt, dass die humanitäre Hilfe in den Houthi-Gebieten bald eingestellt werden könnte, sollten die Houthi-Rebellen weiterhin in die Verteilung der Hilfslieferungen eingreifen. Ihnen wird vorgeworfen, Hilfsprogramme zu ihrem eigenen Vorteil zu missbrauchen. Die meisten Menschen im Jemen leben in Gebieten, die von den Houthi-Rebellen kontrolliert werden. Die UN betrachten die Lage im Jemen als die schlimmste humanitäre Krise der Welt, in der schätzungsweise 80% der Bevölkerung irgendeine Form von humanitärer Unterstützung benötigen.

Kamerun

Ergebnisse der Parlamentswahlen

Am 28.02.20 verkündete der Verfassungsrat die Ergebnisse für 167 von insgesamt 180 zu vergebenden Parlamentssitzen der Parlamentswahlen vom 09.02.20. In elf Wahlkreisen (zehn in der Region Nordwest und einer in der Region Südwest) mit 13 zu vergebenen Sitzen waren die Wahlen am 26.02.20 aufgrund von Eingaben der Social Democratic Front (SDF) annulliert worden. Sie müssen innerhalb von 20 bis 40 Tagen wiederholt werden. Von den 167 vergebenen Parlamentssitzen errang die Regierungspartei Rassemblement Démocratique du Peuple Camerounais (RDPC) mit 139 Sitzen erneut eine deutliche Mehrheit (2013: 148). An zweiter Stelle folgt die Union Nationale pour la Démocratie et le Progrès (UNDP) mit sieben Sitzen (2013: fünf). Die Zahl der Abgeordneten der SDF, die bisher als größte parlamentarische Oppositionspartei 18 Parlamentssitze innehatte, verringerte sich auf fünf. Da die SDF ihre regionale Hochburg in den beiden anglophonen Regionen Nordwest und Südwest hat, ist davon auszugehen, dass sie bei den dort stattfindenden Nachwahlen noch einige Sitze hinzugewinnen wird. Ebenfalls fünf Sitze errang die bisher nicht in der Nationalversammlung vertretene Parti pour la Réconciliation Nationale du Cameroun (PCRN), die zusammen mit der SDF den dritten Rang belegt. Vier kleinere Parteien erhielten insgesamt elf Sitze.

Kasachstan

Tod von Menschenrechtsaktivist löst Proteste aus

Der Menschenrechtsaktivist Dulat Aghadil wurde am 24.02.20 unter dem Vorwurf, einer gerichtlichen Meldeauflage gegenüber der Polizei nicht nachgekommen zu sein, festgenommen und starb anschließend in der Untersuchungshaft. Die Polizeibehörde der Hauptstadt Nur-Sultan erklärte am 25.02.20 in einer öffentlichen Stellungnahme, der Aktivist sei bei seiner Festnahme betrunken gewesen und anschließend an Herzversagen gestorben. Unterstützern des Aktivisten zufolge nahm dieser jedoch infolge einer Erkrankung keinen Alkohol zu sich und äußerte keinerlei Herzbeschwerden.

In der Hauptstadt verlangten jeweils Dutzende Demonstranten am 25. und 26.02.20 genauere Informationen über den Tod des Aktivisten und forderten die Freilassung inhaftierter Menschenrechtler und Oppositioneller. Polizisten zwangen mehrere Demonstranten gewaltsam in Busse und brachten sie fort. In Karaganda nahm die Polizei am 26.02.20 bei einer solchen Demonstration mindestens eine Person fest. In Almaty, Schymkent und Aqtöbe versammelten sich jeweils Dutzende Menschen und forderten im Zusammenhang mit dem Tod des Aktivisten die Auflösung der Regierung und den politischen Rückzug des ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew. Im Anschluss an die Beerdigung des Aktivisten am 27.02.20 traten Dutzende Unterstützer Aghadils in Nur-Sultan für die Gründung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Todesumstände des Aktivisten ein. Polizisten lösten die Kundgebung gewaltsam auf und nahmen ca. 20 Personen fest. Am 01.03.20 nahmen Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit den Protesten Dutzende Personen fest.

Mauretania

Verhaftungen von Mitgliedern der AREM-Bewegung

Im Rahmen einer nicht genehmigten Versammlung am 26.02.20 in Nouakchott wurden sieben Mitglieder der Alliance pour la Refondation de l'État Mauritanien (AREM) wegen Missachtung der islamischen Religion sowie Terrorismus verhaftet. Kurz zuvor wurde gegen drei Mitglieder, die sich im Ausland aufhielten, ein Haftbefehl wegen Cyberkriminalität erlassen. In einer Audio-Aufnahme eines Gesprächs, die in den sozialen

Netzwerken verbreitet wurde, hätten sie die islamische Lehre verspottet.

Die Bewegung, die Anfang 2020 in Paris gegründet wurde, propagiert die Loslösung der Regierung, insbesondere ihrer Ungerechtigkeiten und Straflosigkeit. Die Mitglieder werden verdächtigt, den Laizismus im Land zu unterstützen. Einigen wird vorgeworfen, das Christentum zu predigen.

Montenegro

Fehde zwischen Drogenbanden

Laut aktuellen Medienberichten sind in der Fehde zwischen zwei rivalisierenden Gruppen, deren Ursprung im Küstenort Herzeg Novi liegt, in fünf Jahren bereits 37 Menschen zu Tode gekommen. Am 13.02.20 wurde dort erneut ein 36-jähriges Gruppenmitglied erschossen. Die organisierte Kriminalität in Montenegro habe ihre tiefen Wurzeln noch im früheren Jugoslawien. Montenegro habe bereits damals als Drehscheibe des illegalen Zigaretten- und Drogenschmuggels gedient.

Nigeria

Freilassung von inhaftierten IMN-Mitglieder

Am 21.02.20 sprach der Oberste Gerichtshof in der Stadt Kaduna nach unterschiedlichen Quellen zwischen 87 und 100 Mitglieder der schiitischen Sekte Islamic Movement in Nigeria (IMN) mangels Beweisen u.a. vom Vorwurf des Mordes, der Verschwörung und der Störung des Friedens frei. Sie wurden anschließend freigelassen. Damit befinden sich laut IMN-Angaben alle Mitglieder der Bewegung, die im Zusammenhang mit den Vorfällen vom Dezember 2015 verhaftet worden waren, wieder auf freiem Fuß. Am 12.12.15 war es bei einer Prozession der IMN in Zaria, Bundesstaat Kaduna, zu einer Blockade der Straße gekommen, die vom Autokonvoi des Armeechefs Buratai befahren wurde. Die Soldaten vermuteten einen Attentatsversuch. Bei der Gegenoffensive wurden laut Ergebnis der eingesetzten Untersuchungskommission insgesamt 348 Zivilisten, meist IMN-Anhänger, und ein Soldat getötet, weil die Armee unverhältnismäßige Gewalt angewandt habe. Der IMN-Anführer Ibrahim el-Zakzaky, seine Ehefrau sowie über 200 Anhänger der IMN wurden verhaftet. Während 2019 über Hundert der verhafteten IMN-Anhänger vom Gericht freigesprochen wurden, befinden sich el-Zakzaky und seine Ehefrau Zeenat, deren Prozess noch immer anhängig ist, weiterhin in Haft. Die IMN wurde Ende Juli 2019 als terroristische Organisation in Nigeria verboten.

Russische Föderation

Kundgebungen zum Gedenken an Ermordung Nemzows

Tausende Menschen erinnerten am 29.02.20 in mehreren Städten des Landes bei Kundgebungen an die Ermordung des Regimekritikers Boris Nemzow, der vor fünf Jahren im Zentrum Moskaus erschossen worden war. Die Demonstranten forderten eine weitere Aufklärung des Verbrechens zur Ermittlung der Drahtzieher. Zugleich formierte sich Protest gegen die von Präsident Putin vorgesehene Verfassungsreform, über die am 22.04.20 ein Referendum abgehalten werden soll. Kritiker sehen darin Vorkehrungen Putins zu seinem Machterhalt. In Moskau kamen bei der genehmigten Kundgebung nach Angaben der Polizei mehr als 10.000 Menschen zusammen. In Wladiwostok wurden acht Personen bei einer solchen Kundgebung festgenommen. Die Nichtregierungsorganisation OVD-Info berichtete im Hinblick auf die Kundgebungen über Festnahmen in St. Petersburg, Moskau und anderen Städten.

2017 hatte ein Gericht einen ehemaligen tschetschenischen Offizier als Mörder Nemzows zu 20 Jahren Haft verurteilt; vier weitere Tschetschenen erhielten wegen Beihilfe zu dem Mord zwischen elf und 19 Jahren Haft. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte am 20.02.20 in einem Bericht eine neue und vollständige Untersuchung des Verbrechens gefordert.

Somalia

Gewaltsame Kämpfe in Galguduud

Am 29.02.20 soll sich die Milizengruppe Ahlu Sunnah Wal Jama'a (ASWJ) nach zweitägigen Zusammenstößen in den Städten Dhusamareb und Guriel (Region Galguduud) der somalischen Regierung ergeben haben. Mehrere Menschen sollen getötet worden sein.

ASWJ spielt eine wichtige Rolle im Kampf gegen die al-Shabaab und sollte in die staatlichen Sicherheitskräfte integriert werden. Die Präsidentschaftswahlen in Galmudug State Anfang 2020 haben allerdings zu Spannungen geführt, da drei rivalisierende Politiker von sich behaupteten, die Wahl gewonnen zu haben, darunter auch ein Vertreter der ASWJ. Mit der Kapitulation gab die ASWJ jedoch auch ihre politischen Bestrebungen auf.

AFRICOM-Einsatz führt zu Tod von Zivilisten

Das US Africa Command (AFRICOM) führte am 24.02.20 einen Luftangriff auf einen mutmaßlichen al-Shabaab-Kämpfer in der Nähe von Jilib in der Region Middle Jubba durch. Laut seinem Arbeitgeber, Hormuud Telecom (ein großes Telekommunikationsunternehmen in Somalia), und seiner Familie, hatte der Verstorbene jedoch keine Verbindungen zur al-Shabaab, sondern leitete die Hormuud-Filiale in Jilib. AFRICOM hat erklärt, den Vorfall zu überprüfen. In den letzten Jahren haben die USA lediglich den Tod von zwei Zivilisten im Rahmen von AFRICOM-Einsätzen eingeräumt, während Amnesty International (AI) eine wesentlich höhere Zahl festgestellt hat.

Syrien

Idlib: Zahlreiche türkische Soldaten getötet

Bei einem Luftangriff in Idlib sind am 27.02.20 mindestens 36 Angehörige der türkischen Armee ums Leben gekommen und mehr als 30 weitere verletzt worden. Vertreter der türkischen Regierung machten die syrische Armee für den Angriff verantwortlich. Eigentlich sollte eine Koordination zwischen der Türkei und Russland, das als Schutzmacht der syrischen Regierungskräfte auftritt, solche Vorfälle verhindern, indem die türkischen Bewegungen vorab kommuniziert werden. Ein Sprecher des Kremls deutete darauf hin, dass sich die türkischen Soldaten jedoch außerhalb ihrer Posten aufhielten, welche Russland aus der Feuerlinie herauszuhalten versprochen hatte.

Der Angriff aus der Luft ereignete sich zwischen den Orten al-Bara und Balyoun im Süden der Provinzhauptstadt Idlib.

Russische Staatsmedien berichteten von türkischen Vergeltungsschlägen sowohl gegen Stellungen der syrischen Streitkräfte und verbündete Milizen, als auch gegen Kampfhubschrauber des russischen Militärs. Angaben des türkischen Militärs zufolge habe man im Zuge der Vergeltungsangriffe 309 Angehörige der syrischen Armee getötet. Die syrische Regierung bestätigte den Abschuss zweier Kampfflugzeuge durch die Türkei.

Türkische Gegenoffensive

Am 01.03.20 sprach die Türkei erstmals offen von einem Krieg gegen die syrische Regierung, als der Verteidigungsminister im türkischen Staatsfernsehen eine große Gegenoffensive ankündigte. Ziel der Operation in Nordsyrien sei die Beendigung des Krieges und das Ende der Regierungsoffensive auf das letzte Rebellengebiet in der Provinz Idlib. Derzeit befinden sich etwa 7.000 Angehörige der türkischen Armee in Idlib, von denen die meisten im Februar 2020 in die Region entsandt worden waren.

Als Reaktion auf die Ankündigung der Gegenoffensive ließ Moskau verlauten, man werde die Sicherheit türkischer Flugzeuge über Syrien nicht garantieren können.

Die NATO schloss eine Truppenbeteiligung aus, kündigte jedoch an, die türkischen Partner mit Informationslogistik zu unterstützen.

Die Bevölkerung in der betroffenen Provinz Idlib wird derzeit auf etwa drei Millionen Menschen geschätzt, von denen etwa die Hälfte aus anderen Regionen Syriens gekommen sind; viele im Rahmen sogenannter Aussöhnungsabkommen, nachdem die syrische Regierung die Kontrolle über ehemalige Rebellengebiete erlangt und verbliebenen Rebellen wie auch Zivilisten die Flucht nach Idlib erlaubte. Unter den nach Idlib Geflüchteten sollen sich Schätzungen zufolge etwa 100.000 bewaffnete Kämpfer befinden.

Togo

Demonstration unterbunden

Die Behörden verboten eine vom ehemaligen Erzbischof Philippe Kpodzro von Lomé für den 28.02.20 geplante Demonstration gegen das Ergebnis der Präsidentenwahlen vom 22.02.20. Als sich trotzdem Demonstranten einfanden, verhinderte die Polizei die Demonstration gewaltsam.

Türkei

Grenzöffnung für Geflüchtete

Nach einem Luftangriff auf türkische Soldaten am 27.02.20 in der nordsyrischen Provinz Idlib, bei dem nach türkischen Angaben mindestens 33 Soldaten ums Leben kamen, forderte die Türkei Beistand von der NATO und der Internationalen Gemeinschaft. Gleichzeitig drohte Staatspräsident Erdoğan damit, den Geflüchteten im Land die Grenzen zur EU zu öffnen. Am 28.02.20 erfolgte die Grenzöffnung. Erdoğan erklärte, sein Land könne so viele Geflüchtete inzwischen nicht mehr versorgen, außerdem habe Europa seine Versprechen, die Türkei zu unterstützen, gebrochen. Nach der Ankündigung, die Grenzen zu öffnen, versuchten nach Medienberichten bereits Tausende, nach Westeuropa zu gelangen. Laut UN befinden sich rd. 13.000 Migranten im türkisch-griechischen Grenzgebiet, doch Griechenland setzt auf Grenzsicherung. Nach Einschätzung der EU-Grenzschutzagentur Frontex könnte sich die Lage dort in den kommenden Tagen zuspitzen. Griechenland kündigte zudem an, einen Monat lang keine neuen Asylanträge anzunehmen. An der bulgarischen EU-Außengrenze zur Türkei blieb es am 01.03.20 nach Medienberichten noch ruhig. Bulgariens Regierungschef Boiko Borissow reist heute nach Ankara, um die Lage zu besprechen.

Tunesien

Parlament akzeptiert Regierung

Nach monatelangen gescheiterten Versuchen, ein neues Kabinett zu bilden, hat das Parlament der vorgeschlagenen Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Am 27.02.20 stimmten Angaben der tunesischen Nachrichtenagentur TAP zufolge 129 Abgeordnete für die aufgestellte Regierung des designierten Premierministers Elyes Fakhfakh, 77 Abgeordnete votierten dagegen. Damit wurde eine drohende Neuwahl abgewendet. Der als gemäßigt islamistisch geltenden Partei Ennahda, die bei der Wahl stärkste Kraft geworden war, fallen sechs der 30 Ministerposten zu. Dem Kabinett gehören 32 Minister und Staatssekretäre an, nur sechs Regierungsmitglieder sind Frauen. Bei einer Zeremonie im Präsidentenpalast nahm der tunesische Präsident, Kais Saied, dem neuen Regierungschef und seinen Ministern den Amtseid ab.

Im Oktober 2019 hatte Tunesien ein neues Parlament gewählt. Zahlreiche neue Parteien und unabhängige Listen zogen in das Parlament ein und gestalteten die Regierungsbildung schwierig. Ein von Ministerpräsident Habib Jemli aus unabhängigen Technokraten gebildetes Kabinett war zuvor deutlich abgelehnt worden.

Turkmenistan

Am 17.02.20 verurteilte ein Gericht in der Region Dashoguz ein Mitglied der Zeugen Jehovas aufgrund der Verweigerung des Wehrdienstes zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe. Turkmenistan bietet keine Möglichkeit des alternativen zivilen Ersatzdienstes an. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Mitglieder der Zeugen Jehovas, die den Wehrdienst verweigerten, zu Haftstrafen in staatlichen Arbeitslagern verurteilt.